

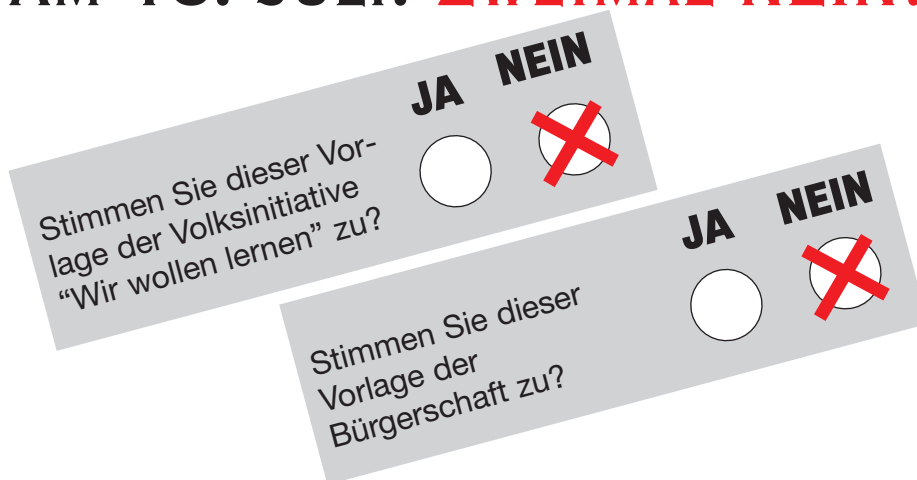
HAMBURGER

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg • Nr. 5 • Sommer 2010

UTSICHTEN

VOLKSENTSCHEID ZUR SCHULREFORM

AM 18. JULI: **ZWEIMAL NEIN!**



Am 18. Juli 2010 findet in Hamburg ein Volksentscheid über Teile der von CDU und GAL durchgesetzten Schulreform statt. Die DKP Hamburg ruft dazu auf, beim Volksentscheid zweimal mit NEIN zu stimmen. Wir lehnen sowohl den Antrag der Volksinitiative „Wir wollen lernen!“, als auch den von den Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft gestellten Antrag ab.

Nein zu „Wir wollen lernen“

Wir sagen „Nein!“ zur Vorlage der reaktionären Initiative „Wir wollen lernen“. Diese Initiative will das bestehende System der Auslese und Karrierezuweisung konservieren. Die angestrebte frühe Wahl der Schulform verstärkt die Selektion der Schülerinnen und Schüler im Schulwesen und verbaut vielen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu gut ausgestatteten Schulen und umfassender Bildung. Alle aktuellen Studien ergeben einen klaren Zusammenhang zwischen längerem, gemeinsamem Schulbesuch und der Verbesserung der Lernleistungen.

Nein zum zweigliedrigen Schulsystem

Wir sagen „Nein!“ zum kapitalistischen Modernisierungskonzept der Bürgerchaftsfraktionen. Der Antrag der Fraktionen von CDU, GAL, SPD und PDL unterstützt nicht nur die auch von uns begrüßte sechsjährige Primarschule. Er fordert ausdrücklich die Zustimmung zur Abschaffung der Gesamtschule und der Zementierung des gegliederten Schulwesens in der Form der Stadtteilschule und des Gymnasiums. Das kann kein fortschrittlicher Mensch unterstützen.

Wir fordern konsequent eine Schule für alle. Gemeinsames miteinander und voneinander Lernen ist die Voraussetzung für die bestmögliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Positive Erfahrungen mit den Gesamtschulen in Hamburg, aus anderen Ländern mit solchen Schulsystemen, Erfahrungen aus 40 Jahren Einheitschule der DDR mit einheitlichem Bildungswesen vom Kindergarten über Schule, Berufsausbildung und Hochschule sollen genutzt werden.

INHALT:

ZWEIMAL NEIN	SEITE 1
EDITORIAL	SEITE 2
EINE SCHULE	SEITE 3
UMVERTEILUNG	SEITE 4
AUS DEN BEZIRKEN	SEITE 6
INTERVIEW	SEITE 7
FEINDBILD	SEITE 8
IMPRESSUM	SEITE 5

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) wurde 1968 gegründet und setzt sich seitdem aktiv für eine bessere Gesellschaft ein. Wir sind ein Teil der Kämpfe der Arbeiterklasse um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, der Kämpfer der SchülerInnen und Studierenden für mehr Bildung und den freien Zugang zu ihr und der Kämpfe junger Menschen um eine qualifizierte Ausbildung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im Mittelpunkt steht und nicht die Profitinteressen der Konzerne.

Wir meinen, diese Gesellschaft kann es nur geben, wenn die aktuellen bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse in Frage gestellt und geändert werden.

Dafür wollen wir kämpfen – kämpfen für eine gerechte Gesellschaft - für den Sozialismus!

Kontakt: Tel. 480 490 0

www.dkp-hamburg.de

kontakt@dkp-hamburg.de

40 Jahre 
DKP

(Fortsetzung S. 2)

EDITORIAL

LIEBE HAMBURGERINNEN
UND HAMBURGER,

Foto: DKP

am 18. Juli ist es soweit: Dann entscheidet die Hamburger Bevölkerung über neue Schulstrukturen in Hamburg. 1.000 Stellschilder rufen zur Beteiligung auf, die Briefwahlunterlagen sind inzwischen versandt worden.

Auf der einen Seite steht die so genannte Scheuerl-Initiative, die weiterhin eine Auslese bereits nach Klasse 4 behalten möchte. Auf der anderen Seite alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, die unter dem Stichwort eines längeren gemeinsamen Lernens bis Klasse 6 ihre Schulreform abgesegnet haben möchte.

Auch Hamburg Kommunistinnen und Kommunisten rufen dazu auf, sich an der Volksabstimmung zu beteiligen. Aber wir empfehlen, mit 2 X Nein zu stimmen. Denn klar ist, dass wir die rückwärtsgewandte Sichtweise der Scheuerl-Initiative nicht unterstützen. Aber genauso wenig unterstützen wir die Initiative der in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien. Mit dieser Initiative, um nur einen Grund zu nennen, wird die Auslese nicht aufgehoben, sondern nur verschoben. Dafür wurde den Gesamtschulen der Garaus gemacht. Das tragen wir nicht mit. (Weitere Gründe: www.dkp-hamburg.de)

Ein anderes brennendes Thema hat vorläufig seinen Abschluss gefunden: Über 45.000 Hamburgerinnen und Hamburger haben mittels einer Volksinitiative den Senat aufgefordert, die Gebührenerhöhungen im Kita-Bereich zurück zu nehmen.

(Fortsetzung von S. 1)

**Nein zum schwarz-grünen
„Schulfrieden“**

Wie sollen sich fortschrittliche Kräfte in der konkreten Auseinandersetzung um den Volksentscheid verhalten? Auch wir schätzen das längere gemeinsame Lernen in der Primarschule nicht gering. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass zu der geltenden Schulstruktur, der beim Volksentscheid ausdrücklich zugestimmt werden soll, nicht nur die sechsjährige Primarschule, sondern auch die Stadtteilschule und das Gymnasium gehören, in denen die Schülerinnen und Schüler wiederum sortiert und aufgeteilt werden sollen.

Die „Reform-CDU“ um Bürgermeister von Beust, wie sie auch von manchen Grünen und Linken genannt wird, und die Grün-Alternative Liste (GAL) versuchen den Spagat zwischen Modernisierung des Bildungswesens und Erhaltung seiner gesellschaftlichen Steuerungsfunktion, indem sie mit der sechsjährigen Primarschule eine bessere Ausschöpfung der Begabungen ermöglichen, mit der zweigliedrigen Oberstufe aus Stadtteilschule und Gymnasium die Steuerungsfunktion der Schule durch Auslese und Trennung erhalten wollen. CDU, GAL und SPD haben schriftlich vereinbart, dass sie zehn Jahre nicht daran

Diese sehen enorme Steigerungen für Eltern vor. Beispielhaft erwähnt seien:

Die Elternbeiträge steigen um bis zu 130 % (Hort 2 Stunden von 77,- auf 177,- Euro, das zusätzliche Essensgeld steigt um bis zu 220 % (von 13,- Euro auf 42,- Euro für Hortkinder) und die Pauschale für behinderte Kinder, die Frühförderung in Anspruch nehmen (3-6 Jahre), war früher bei 31,- Euro, jetzt ist der Höchstsatz bei 263,50 Euro, macht rund 750% Steigerung. Allein diese neuen Gebühren machen deutlich: Der Haushalt der Stadt Hamburg soll auf den Rücken der Kleinsten und Schwächsten mit saniert werden. Hier machen wir nicht mit und werden jede weitere Initiative gegen diese Ungerechtigkeiten unterstützen.

Und wir rufen Sie auf: Helfen Sie mit!

Olaf Harms
Landesvorsitzender DKP Hamburg

rühren wollen. Das ist das genaue Gegenteil von dem, was sich die Förderer der einen Schule für alle auf die Fahnen geschrieben haben.

Wir brauchen kein geringeres Übel

Wenn neoliberale „Modernisierer“ mit den erzkonservativen und reaktionären Vertretern des Großbürgertums in Konflikt geraten, müssen wir uns nicht für das kleinere Übel entscheiden. Es kann nicht darum gehen, der „modernen“ CDU und ihrem Koalitionspartner GAL zum Sieg über die konservativ-reaktionäre Fraktion des Bürgertums zu verhelfen.

Selbstverständlich ist die Vorlage der Initiative „Wir wollen lernen“ abzulehnen, aber nicht, indem man die Vorlage der Bürgerschaft unterstützt. Nutzen wir die politische Bewegung, die im Zusammenhang mit dem Volksentscheid entstanden ist, um über den Charakter und die Kontinuität der neoliberalen Schulpolitik in Hamburg mit ihrer auf Auslese und Trennung ausgerichteten Schulstruktur aufzuklären und über die wirkliche demokratische Alternative, die „Eine Schule für alle“, aufzuklären, eine demokratische Schule mit einer gänzlich anderen Pädagogik, in der die Subjektentwicklung des Einzelnen und die Solidarität im Mittelpunkt stehen. Eine Schule, ohne Auslese, ohne Noten, aber mit Lehrkräften, die Kenntnisse, Kraft und Zeit haben für die gleichberechtigte individuelle Förderung aller Kinder. Eine von neoliberaler Ökonomie befreite Schule, die verbunden ist mit der gesellschaftlichen Reproduktion und tatsächlich auf diese vorbereitet.

Für eine demokratische Schule

Für eine solche Schule kämpft die DKP in Hamburg. Wir rufen alle fortschrittlichen Menschen in Hamburg auf, sich nicht an dem in der Bürgerschaft ausgehandelten 10jährigen Burgfrieden in der Bildungspolitik zu beteiligen. Ein besseres Schulsystem wird nicht über Verhandlungen der Bürgerschaftsparteien erreicht, sondern erfordert außerparlamentarischen Druck durch das solidarische Handeln von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern.

Peter Gohl

EINE SCHULE FÜR ALLE WIR WOLLEN MEHR!

Foto: Kurt-Michel, pixelio.de



Die Befürworter einer fortschrittlichen Schulreform in Hamburg haben eine schwere Niederlage hinter sich. Nur deshalb konnte es zu der heutigen Situation kommen, dass wir vor die Wahl zwischen zwei Übeln, zwischen einem Weiter-so (dreigliedriges Schulsystem nach Klasse vier) und einer Variante davon (zweigliedriges Schulsystem nach Klasse sechs) gestellt sind.

Vor zwei Jahren scheiterte die Volksinitiative „Eine Schule für alle“ mangels Beteiligung – obwohl es in dieser Stadt sicher viele gibt, die sich genau das wünschen. Nun sind viele bereit, sich an einen Strohhalm zu klammern und sechs Jahre gemeinsames Lernen als Fortschritt gegenüber vier Jahren zu akzeptieren.

Zweiklassenbildung in Stadtteilschule und Gymnasium

Die Schulform an sich ist nicht der Kern der Bildungsfrage. Doch die Form folgt auch dem Inhalt. Und das schwarz-grüne Modell eines zweigliedrigen Schulsystems folgt vielleicht noch stärker als das bisherige System der Devise einer Zweiklassenbildung:

Die einen lernen gerade genug Lesen, Schreiben, Rechnen und dann das Nötige für ein Leben als gute Arbeitskräfte. Die anderen werden zur Elite ausgebildet. So ähnlich, wie bisher schon HauptschülerInnen theoretisch möglich war, nach dem

Abschluss weiterführende Schulen zu besuchen, sieht die schwarz-grüne „Chancengerechtigkeit“ aus:

Wie die Arbeitswelt die Schule bestimmt

Auf dem Papier ist alles möglich, in der Realität werden sich die Stadtteilschulen eher den „praktischen Begabungen“ widmen – ganz offiziell, weil auch die Lehrpläne die „Lebenswelt“ zum Leitbild erheben, also festschreiben, dass Arbeiterkinder nicht über den Rand der Arbeitswelt hinauszuschauen brauchen. „Bausteine“ und „Werkstätten“ heißen die Elemente der Bildung in den Stadtteilschulen – eben weil die dort versammelten SchülerInnen auch später mit Bausteinen und in Werkstätten zu tun haben sollen. In der achten Klasse wird gezielt der Übergang in den Betrieb vorbereitet.

Selbst wohlmeinende LehrerInnen werden nicht die Zeit und die Mittel haben, Kinder ausreichend zu fördern, die nicht von Haus aus mit Geld und Bildung gesegnet sind. Diese Schulreform zementiert die bestehende Gesellschaftsordnung.

Wir wollen lernen – die Welt zu verändern

Gerade deshalb ist die Formel der reaktionären Initiative „Wir wollen lernen“, die es

gerne noch elitärer hätte, so hohl. Wir wollen lernen – ja, natürlich! Aber was? Wir wollen lernen, die herrschende Klasse in dieser Gesellschaft zu durchschauen. Wir wollen lernen, die Welt zu erkennen, sie mit allen Sinnen zu begreifen. Wir wollen lernen, Vielfalt zu erleben. Vor allem aber wollen wir lernen, die Welt zu verändern. Wir wollen lernen, für unsere Rechte zu kämpfen. Wir wollen lernen, selbständig, gemeinsam und solidarisch zu handeln. Wir wollen lernen, uns allseitig zu bilden.

Worum es uns Kommunistinnen und Kommunisten geht, ist eine Schule, die den Menschen dient – eine demokratische Schule. Eine Schule für alle ist die Voraussetzung, der richtige Rahmen dafür. Das ist eine notwendige Bedingung, denn solange ein Teil der SchülerInnen als Elite im Gymnasium abgekapselt bleibt, werden das Gemeinsame, die Solidarität und Vielfalt immer nur begrenzt zu erleben sein.

Für die richtigen Inhalte kämpfen

Doch das reicht noch lange nicht. Eine demokratische Schule zeichnet sich vor allem durch die richtigen Inhalte aus. Der Unterricht muss Zeit und Raum bieten, um kritische Fragen zu stellen, gemeinsam Erkenntnisse zu gewinnen, auch abseits der vorgetretenen Pfade zu forschen.

Die schwarz-grüne Schulreform wirkt in die entgegengesetzte Richtung: Sie verstärkt die Entwicklung, die Schulbildung auf das Pauken von vorgegebenem Lernstoff einzuengen, weil die Schullaufbahn zu einer Abfolge von Tests und Leistungskontrollen reduziert wird: vom Schulreifetest über Klasse sechs, die Überprüfung der Gymnasialreife in Klasse acht, die Abschlüsse in Klasse neun oder zehn bis zum Abitur. Und selbst die versprochene Lehrmittelfreiheit nützt den SchülerInnen wenig (falls sie angesichts der Sparpolitik überhaupt kommt), wenn die Lehrmittel nur das Einmaleins des Kapitalismus herunterbeten.

Unabhängig vom Ausgang des Volkstentscheids müssen wir weiter um eine demokratische Schule für alle kämpfen.

„HOUSING IMPROVEMENT DISTRICT“ STEILSHOOP

WENN SICH ALLE FREUEN, IST ETWAS FAUL



„HID“ – das steht für „Housing Improvement District“. In Hamburg findet ein Feldversuch in der Großsiedlung Steilshoop statt.

Seitdem wird im Stadtteil, dessen Bürger vom Senat nicht gerade verwöhnt werden, zwar viel von der Verschönerung des Wohnumfelds gesprochen. Und nach jahrzehntelangem Warten auf eine vernünftige Verkehrsanbindung, nach dem Aus für die Gesamtschule und anderen Rückschritten sind die Menschen hier voller Erwartungen; sie identifizieren sich mit ihrem Quartier und freuen sich auf Entwicklung, in der sie sich wiederfinden.

„Stadt und Eigentümer Hand in Hand“

Von der CDU/GAL-Stadtplanung beworben wird HID wie folgt: „Im HID arbeiten Stadt und Eigentümer Hand in Hand. Seine Elemente setzen sich aus Eigeninitiative der Eigentümer, Selbstbesteuerung und Public-Private-Partnership zusammen“.

Laut Stadtentwicklungsbehörde sei es vorteilhaft, durch HID „mit den privaten Anbietern vor Ort einen verbindlichen Rahmen für die Erneuerung des Wohnquartiers zu beschließen und sie stärker als bisher auch an der Finanzierung von Aufwertungseffekten durch Maßnahmen im öffentlichen Raum oder in Bezug auf die öffentliche Infrastruktur zu beteiligen, soweit diese über eine Standardausstattung hinausgehen“.

Die Sonderabgaben bezahlen die Mieter

Das heißt: Mit dem Instrument HID werden privat finanzierte Aktivitäten (der „Eigentümer“!) auf öffentlichen Flächen realisiert, findet Privatisierung öffentlicher Räume statt. Das heißt natürlich auch: Wer bezahlt, bestimmt die Musik, entscheidet über die in unserem unmittelbaren Wohnumfeld durchzuführenden Maßnahmen allein.

Dementsprechend wurde auch schon früh eine HID-Lenkungsgruppe eingesetzt, in der lediglich Behördenvertreter und Vertreter der großen in Steilshoop vertretenen Wohnungsgesellschaften Platz haben. Abgesehen von kleinen Eigentümergemeinschaften, die in der Minderheit sind und Alibifunktion haben, sitzen keine normalen Bürger im Gremium. Damit bekommen SAGA/GWG, Gagfah (im Besitz einer „Heuschrecke“) und einige große Genossenschaften das Sagen in Steilshoop. Mit ihrer Mehrheit bestimmen sie das Maßnahmenkonzept wesentlich.

Aber für die Sonderabgaben, die diese Grundeigentümer für das HID-Projekt leisten und mit der sie ihre Vormacht legitimieren, gibt es nur eine Quelle: Es sind die Mieter der Steilshooper Bürger, deren Mitbestimmung im Projekt institutionell überhaupt nicht vorgesehen ist.

Im HID-Gesetz ist noch nicht einmal die direkte Umlage dieser Kosten auf die Mieter ausgeschlossen – hier gilt bislang nur

das Mietrecht als Hindernis. Die Großvermieter hätten's schon jetzt gern anders.

Die Stadt überlässt das Feld den Profitgeiern

Im Gegensatz auch zu vielen Hamburgern, die das Steilshooper Modellprojekt noch nicht einzuordnen wissen, fällt Andreas Fisahn, Professor für Öffentliches Recht an der Uni Bielefeld, ein deutliches Urteil zu HID-Projekten: „Unter dem Aushängeschild Partizipation steuert nicht mehr der Stadtrat die kommunale Entwicklung, sondern die Hausbesitzer und Geschäftsleute gestalten ihre Viertel selbst. Die Nichteigentümer bleiben draußen.“

Das Steilshooper „Innovationsquartier“ ist Bestandteil neoliberaler Stadtentwicklung hin zu einem „schlanken, aktivierenden Staat“, der sich aus der Instandhaltung, Erneuerung und dem sozialen Umbau von Stadtquartieren heraushält und auch dieses Feld den Profitgeiern und Spekulanten überlässt.

Das Gegenteil sozialer Stadtentwicklung

Das Steilshooper Pilotprojekt ist deswegen das genaue Gegenteil von demokratischer und sozialer Stadtentwicklung. Es steht möglicherweise am Anfang vom Ende bisheriger Sonderprogramme der Quartiersentwicklung in benachteiligten Stadtteilen.

Die großen Grundeigentümer bereiten sich darauf vor, dass auch in Steilshoop in den nächsten Jahren massenhaft Wohnungen aus der Sozialbindung fallen und sehr lukrativ werden.

Mietbindung erhalten!

Die DKP verlangt, dass die Mieterinnen und Mieter, die Bewohner Steilshoops, im Rahmen einer festzulegenden Bürgerbeteiligung das letzte Wort über die in Wahrheit von ihnen zu finanzierenden Maßnahmen erhalten. Die Vermieter müssen verpflichtet werden, auf Mieterhöhungen nach dem Ablauf der Bindung zu verzichten.

dkp

DAS SOGENANNTHE SPARPAKET DER BUNDESREGIERUNG:

NOCH MEHR UMVERTEILUNG VON UNTEN NACH OBEN

Angriffe unten...

Das Sparpaket, das uns wie erwartet unmittelbar nach der NRW-Wahl präsentiert wurde, holzt besonders bei den Arbeitslosen und den Geringverdienern: Kinder von Hartz-IV-Beziehern kriegen schon bisher kein Kindergeld, jetzt wird ihnen auch noch das Elterngeld in Höhe von monatlich 300 ? im ersten Lebensjahr gestrichen.

Gestrichen wird der Renten- und Heizkostenzuschuss für Hartz IV Empfänger.

Gestrichen wird der sog. Überbrückungszuschlag am Anfang des Hartz IV Bezuges, der den Fall in die bitterste Armut bisher noch eine gewisse Zeit gebremst hat.

Außerdem sollen beim Etat des Arbeitsamtes in den nächsten 4 Jahren weitere 10 Milliarden (!) eingespart werden, bei denen noch nicht festgelegt ist, was genau den Arbeitslosen weggenommen wird.

Solche Maßnahmen richten sich immer nicht nur gegen die Arbeitslosen selbst, sondern zugleich auch gegen die KollegInnen die noch Arbeit haben. Können die Kapitalisten die Drohung mit dem Hartz-IV-Elend doch nutzen, um Lohnabbau und andere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu erpressen.

Bei den Beschäftigten des Bundes sollen bis zu 15.000 von ca. 278.000 Arbeitsstätten abgebaut werden. Außerdem soll mindestens den Beamten das Weihnachtsgeld gekürzt werden. Das wird den Druck auf die Tarifangestellten bei den nächsten Tarifrunde erhöhen.

Schließlich wird das Elterngeld prozentual gekürzt. Von der Kürzung sind allerdings die Leute nicht betroffen, die monatlich mehr als 2770 ? netto verdienen haben, weil die Obergrenze des Elterngeldes unverändert bleibt. Also Politik nach dem Motto: Kinder von gut verdienenden „Herzlich willkommen“, Kinder von Arbeitslosen ?Nein danke“.

Mogelpackung oben...

Die anderen sogenannten Sparmaßnahmen sind Mogelpackungen: Die Brennelementesteuer soll das Geschenk an die Energiekonzerne, die Verlängerung der Laufzeiten für die tickenden Zeitbomben, die Atomkraftwerke, verschleiern und politisch erst durchsetzbar machen. Der Auftrag zur Prüfung von möglichen Einsparungen bei der Bundeswehr ab 2013 (!) ist mehr als vage, lenkt von der sofort möglichen Einsparung an Geld und Leben durch einen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan ab und wird im Ergebnis nur den ohnehin geplanten Umbau zu einer weltweit einsetzbaren Truppe von Berufssoldaten beschleunigen. Mit der sogenannten Bankensteuer ab 2012 (!) holt man sich bestenfalls einen Krümel von dem zurück, was man den Banken zuvor in den Rachen gesteckt hat. Außerdem will man sie wahrscheinlich gar nicht und wird später die Ausrede nutzen: „Wir können nicht, weil international nicht durchsetzbar“.



© Jerzy Dieter-Schultz, pixelio.de

Die Umverteilung von unten nach oben ist seit 30 Jahren Politik des Staates im Interessen der großen Konzerne und Banken, umgesetzt von den jeweils regierenden Parteien aller Farben. Es müsste nicht gespart werden, wenn es die Steuergeschenke an die Konzerne und an die Spitzenverdiener nicht gegeben hätte. Es ist höchste Zeit, dass unser Widerstand Fahrt aufnimmt, wir von den KollegInnen in Griechenland, Spanien und Portugal lernen und uns unter der Parole zusammenschließen: „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“

HH

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Che würde UZ lesen!

Jetzt 10 Wochen testen!

- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
- An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon _____ Geburtsjahr _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
 Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

IMPRESSUM:

Herausgeber:
 Deutsche Kommunistische Partei,
 Bezirksvorstand Hamburg
 Lindenallee 72,
 20259 Hamburg
 Telefon (040) 480 49 00
 www.dkp-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Olaf Harms, Lindenallee 72,
 20259 Hamburg

AUS DEN BEZIRKEN

BEZIRKSVERSAMMLUNG HAMBURG-MITTE

Die Fraktion DIE LINKE. hat zwei Anträge zum Thema Hartz IV eingereicht, die gegen die Stimmen der CDU beschlossen worden sind:

Hinweis auf Beistand:

In sämtlichen Jobcentern und Sozialämtern in Hamburg-Mitte sollen Hinweisschilder in verschiedenen Sprachen mit folgendem Text angebracht werden:

„Als Kunde des Jobcenters bzw. Sozialamtes haben Sie Anspruch auf die Hinzuziehung eines sozialrechtlichen Beistands. Ein Beistand ist eine Person Ihres Vertrauens, die auch das Recht hat, in Ihrem Sinne zu

sprechen. Machen Sie in Ihrem eigenen Interesse davon Gebrauch.“

Damit wird nun klargestellt, dass keine/r allein sich mit ihrem/seinem Sachbearbeiter auseinandersetzen muss, sondern sich Hilfe in Form eines Beistandes mitnehmen kann.

Anspruch auf Sonderleistungen

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 9.2.2010 (Az.: 1BvL 1, 3 und 4/09) einen unmittelbar auf das Grundgesetz gestützten Anspruch auf Sonderleistungen den Hartz-IV-Betroffenen zugesprochen, um unumgänglich notwendige

Ausgaben, die von durchschnittlichen Bedarf abweichen, zu decken. Dazu gehören u. a. nicht verschreibungspflichtige Arznei- und Heilmittel, Putz-Haushaltshilfe für Rollstuhlfahrer, Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts, Nachhilfeunterricht. Diese Informationen sollen allen in Hamburg nach dem SGB II betroffenen Hilfebedürftigen durch ein allgemeinverständliches Anschreiben mit beigefügtem Antragsformular zur Verfügung gestellt werden.

Es ist schon eine Schande, dass die CDU sich geweigert hat, diese Informationen an die Betroffenen herauszugeben. Sie folgt damit ganz dem Motto: Wenn einer etwas nicht weiß, dann sparen wir Geld.

Olaf Harms

Mitglied der Fraktion DIE LINKE. in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

BEZIRKSVERSAMMLUNG HAMBURG-NORD

Der von allen Bezirksfraktionen außer der Linken beschlossene Bebauungsplan zum Freibad Ohlsdorf, der vorsah, ca. 40 % der Außenanlage zu Gunsten einer luxuriösen Wohnbebauung zu veräußern, um mit dem Erlös das Hallenbad zu sanieren, wurde durch Bürgerentscheid, initiiert von der Initiative zur Rettung des Freibads, mit dem sensationellen Ergebnis von 84,5 % verhindert.

Leider hat der Betreiber Bäderland bisher keine Alternativvorschläge zur Attraktivitätssteigerung gemacht. Im Gegenteil, sie haben die seit Jahren betriebene Nichtinstandhaltung fortgesetzt, angeblich aus Mangel an Mitteln. Die Initiative ließ, obwohl

Bäderland sich immer geweigert hat gemeinsame Überlegungen zur Rettung des Bades zu machen, nicht locker, im Sinne der Bürger zu handeln.

Auf Antrag der Linken stimmten die anderen Fraktionen einem Runden Tisch unter Leitung des Bezirksamtsleiters Kopitzsch zu. Am 3. Juni trat er zusammen. Leider bot Bäderland keine Alternative an, der Vertreter der Stadtentwicklungsbehörde konnte auch keine finanzielle Zusage machen. Auch die Vertreter der Fraktionen, ausgenommen die Linke und die Initiative, beharrten auf ihrem Standpunkt, obwohl alle wissen, der Bebauungsplan wurde durch Bürgerentscheid außer Kraft gesetzt.

Das einzig Positive: Es wurde für den September ein weiterer Termin unter Hinzuziehung von DLRG, Schwimmverein, Naturschutzbund, B.U.N.D, Naturfreunden usw. festgelegt. Bis dahin sollen konstruktive Vorschläge gesammelt werden, die seitens der Initiative schon lange vorliegen und immer wieder erweitert werden.

Es wird noch viel Öffentlichkeitsarbeit und Druck auf die Verantwortlichen ausgeübt werden müssen, um das Freibad für die Menschen, auch die mit kleineren Geldbeutel, zu erhalten und familienfreundlich zu gestalten. Wir als Kommunisten waren selbstverständlich von Anfang an aktiv dabei und werden auch den Kampf bis zum Erfolg weiterführen.

Jupp Peine

Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der
Bezirksversammlung Hamburg-Nord

INTERVIEW

»UNZUFRIEDENHEIT IN DER BEVÖLKERUNG IST RIESIG«

In Hamburg startete am Montag eine Initiative zur Rekommunalisierung der Versorgungsnetze. Ein Gespräch mit Manfred Braasch
Manfred Braasch ist Geschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) Hamburg

Frage: Am Montag hat eine Volksinitiative »Unser Hamburg – Unser Netz!« mit der Sammlung von 10000 Unterschriften begonnen. Sie sind einer von drei Vertrauenspersonen der Initiative. Was wollen Sie mit Ihrer Unterschriftensammlung erreichen?

Antwort: Die Hamburger Versorgungsnetze sollen wieder der Kommune gehören. Es geht um die Gas-, Strom- und Fernwärmenetze. Umweltverbände, die evangelische Kirche, die Verbraucherzentrale und ATTAC sind der Meinung, daß Klimaschutz und transparente, faire Preise durch die Kommune besser umgesetzt werden können als durch die bisherigen Netzbetreiber Vattenfall und E.on Hanse.

F: Warum sind die Energiekonzerne nicht geeignet, eine vernünftige Versorgung zu gewährleisten?

A: Der Um- und Ausbau der Netze ist eine große Herausforderung. Wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen, müssen wir auf dezentrale Strukturen und intelligente Netze setzen. Das trauen wir gewinnorientierten Privatunternehmen nicht zu. Kommunale Betriebe wären dagegen dem Gemeinwohl verpflichtet. Diese Debatte wird auch in anderen Städten wie Berlin und Stuttgart geführt. Der Hamburger Senat hat einen Prüfauftrag erteilt, dessen Ergebnis wir aber nicht kennen.

F: Der städtische Stromerzeuger HEW und der Gasversorger Hein Gas sind bereits zu SPD-Zeiten privatisiert worden. Vor einem halben Jahr hat der CDU-GAL-Senat auf Initiative der Grünen einen neuen kommu-

nalen Stromversorger namens Hamburg Energie gegründet. Wäre dieses Unternehmen ein geeigneter Kandidat, um die Netze ab 2014 nach dem Auslaufen der heutigen Konzessionen zu übernehmen?

A: Das wäre eine denkbare Option. Wir sollten uns aber die Zeit nehmen, bis zum Kündigungstermin der Konzessionen in anderthalb Jahren über die beste Konstruktion nachzudenken. Wichtig ist uns, daß wir künftig demokratische Kontrolle über die Netze ausüben. Das ist für die Hamburger bei Vattenfall und E.on Hanse nicht möglich. Hamburg Energie hingegen ist im Kern nur ein Stromhändler, obwohl das Unternehmen eigene Stromerzeugungskapazitäten aufbaut.

F: Der neue Stromversorger ist zwar in städtischem Eigentum, juristisch aber eine privatwirtschaftliche GmbH. Wie soll da demokratische Kontrolle ausgeübt werden?

A: Deshalb ist eine stadteigene GmbH nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluß. Wir müssen eine Lösung suchen, mit der die Bürgerschaft eine falsche Unternehmenspolitik schnell korrigieren kann.

F: Welche Kosten kommen auf Hamburg zu, wenn die Stadt die Versorgungsnetze wieder übernimmt?

A: Der Kaufpreis wird bei einer dreistelligen Millionensumme liegen. Dazu kommen Kosten für Investitionen in eine dezentrale Stromerzeugung und in intelligente Netze. Mit modernen Verfahren würden so der

schwankende Strombedarf und die wetterabhängige Produktionsmenge in Einklang gebracht. Ökologisch sind diese Investitionen aber ohnehin dringend erforderlich. Außerdem würde Hamburg als Netzbetreiber im Gegenzug Gebühren einnehmen.

Es gab in Hamburg mehrere Volksinitiativen, die zu erfolgreichen Volksentscheiden gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums führten. Sie gehen jetzt in die Offensive und fordern eine staatliche Übernahme von privatisierter Infrastruktur. Sind die Hamburger dafür schon bereit?

Wir sind selbst neugierig, wie die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt reagieren werden. Aus vielen persönlichen Gesprächen und öffentlichen Reaktionen auf höhere Strom- und Gaspreise wissen wir aber, daß die Unzufriedenheit in der Bevölkerung riesig ist. Das haben wir auch bei dem Erfolg unseres Volksbegehrens gegen die Privatisierung der Wasserwerke spüren können.

F: Welchen Zeitplan müssen Sie mit der Initiative »Unser Hamburg – Unsere Netze!« einhalten?

A: Wir wollen bis Ende August 10000 Unterzeichner für die erste Phase der Volksgesetzgebung – die Volksinitiative – sammeln. Dafür werden wir ab sofort auf den Straßen sichtbar sein. Die Bürgerschaft hat dann vier Monate Zeit, sich mit der Initiative zu befassen. Danach können wir in ein Volksbegehren gehen, um einen Volksentscheid zu erzwingen. Dafür benötigen wir rund 62000 gültige Unterschriften. Das Parlament kann dann – wie im Falle der Wasserwerke – immer noch unseren Gesetzesvorschlag annehmen. Andernfalls kommt es zur Abstimmung – und zwar rechtzeitig, um eine Kündigung der Netzkonzessionen 2012 zu erzwingen.

www.unser-netz-hamburg.de



FEINDBILD ZUM AUSSCHNEIDEN

Einen personellen Neuanfang wollte Bürgermeister Ole von Beust (CDU) wagen, nachdem der Finanzsenator und CDU-Landeschef Michael Freytag im März hingeschmissen und alle Ämter niedergelegt hatte. Frischen Wind wollte Beust daraufhin in seinen Senat bringen – und ernannte den CDU-Mann Carsten Frigge Ende März zum neuen Finanzsenator. Doch statt einer kühlen Brise hat der Bürgermeister ein faules Ei in die Hamburger Politik gebracht.

Nur wenige Wochen im Amt, schon stürmten Polizei und Staatsanwaltschaft Anfang Mai Frigges Wohn- und Geschäftsräume in Hamburg, Berlin und Düsseldorf. Verdacht: Beihilfe zur Untreue. Frigge soll gemeinsam mit dem damaligen rheinland-pfälzischen CDU-Vorsitzenden Christoph Böhr während des Landtags-Wahlkampfs 2006 Fraktionsgelder veruntreut haben. Frigge stellte der Fraktion damals 380.000 Euro in Rechnung – für eine Kampagne, die ausschließlich der Partei zu Gute kam. Fraktionsmittel sind dagegen öffentliche Gelder, die die Parlamentsarbeit unterhalten sollen. Überhaupt hielt es die CDU-Fraktion von Rheinland-Pfalz damals für unnötig, über ihre Ausgaben Buch zu führen.

Frigge kam als Wahlkampf-Profi und CDU-Mitglied nach Mainz. Er kannte den politischen Betrieb und musste wissen, dass er seine Rechnungen an die falsche Adresse richtete. In der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt gingen die Politiker die Decke hoch, als sie durch den Landesrechnungshof vom dem Skandal hörten. Die Mainzer Staatsanwaltschaft schaltete sich ein, schließlich erließ ein Richter im Mai mehrere Durchsuchungsbeschlüsse – darunter einen für die Wohnung des amtierenden Senators im Ministerrang. Selbst nach der Razzia wollte nicht einmal

die Linksfraktion die Entlassung von Finanzsenator Frigge fordern. Erst Wochen später, als die SPD dies tat, tingelte Die Linke hinterher.

Dabei mutet die Vorstellung geradezu ungeheuerlich an, dass ein Mann das Hamburger Stadtsäckel verwaltet, den die Staatsanwälte der Untreue verdächtigen. So wird an der Elbe sprichwörtlich der Bock zum Gärtner gemacht. Die Finanzbe-

Mehr bangen als einen mutmaßlichen Wirtschaftskriminellen in Regierungswürden, müssen die Hamburger aber, was er politisch durchsetzen will. Im Haushalt der Hansestadt sollen 500 Millionen Euro jährlich ersatzlos gestrichen werden. Das bedeutet für die Beamten, dass 100 Millionen Euro allein beim Weihnachtsgeld gekürzt werden. Weitere 150 Millionen Euro sollen durch „Effizienzsteigerungen“ in den Behörden wegfallen. Doch kein Mensch weiß, wo dem öffentlichen Dienst noch Geld entzogen werden soll, wenn kein Personal entlassen wird, wie CDU-Bürgermeister Beust beteuerte. Dies kann nur bedeuten,

dass öffentliche Dienstleistungen entfallen. Das betrifft auch die 250 Millionen Euro, die Hamburgs Senatoren zusätzlich in ihren Etats kürzen sollen. In seiner Endfassung stellt der CDU/GAL-Senat sein Streichkonzert erst vor den Haushaltsberatungen im Herbst vor. Die Gewerkschaften befürchten schon jetzt einen Horrokatalog.

Das Kürzungsprogramm wird nach dem Willen Beusts bis zum Jahr 2014 auf eine Milliarde Euro jährlich ausgeweitet. Angeblich hatte Finanzsenator Frigge nach der Steuerschätzung vom Mai entdeckt, dass ein Riesenloch im Haushalt klaffe. Der Bürgermeister schob die Schuld dafür indirekt Frigges Amtsvorgänger Freytag in die Schuhe. Bis zu dessen Abgang habe sich die Finanzbehörde „kreativer Buchführung“ bedient. Doch der wahre Grund für Oles Streichorgie liegt ganz woanders. Merkels Große Koalition

verankerte 2009 eine Schuldenbremse im Grundgesetz. Danach dürfen Bund und Länder nach einer mehrjährigen Übergangsfrist gar keine Schulden mehr aufnehmen. Das Resultat: der Staat kann nicht mehr investieren – keine Schulen, keine Krankenhäuser, kein sozialer Wohnungsbau. Das war's dann mit dem Sozialstaat.

-che



Foto: Freie und Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde

behörde führte dagegen die Unschuldsvormutung an, um Frigge vor einem Amtsverlust zu bewahren. Polizeirazzien bei Senatoren aber schädigten auch ohne Urteil das öffentliche Amt, befand schließlich die Opposition in der Bürgerschaft. Tatsächlich war es weit vor SPD und Linksfraktion die bundesdeutsche Presse, die den Vorfall als Skandal empfand.